

Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Amtsblatt für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johannsgeorgenstadt, Köfnik, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Str. 280

Sonnabend, 2. Dezember 1905.

52. Jahrg.

Dr. „Erzgeb. Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonntag und Feiertagen. Abonnements monatlich 30 Pf. Preis: In Anstaltsbestellung der Nummer der 8. Vertheilung 20 Pf., sonst 25 Pf., im umliegenden Kreis der Nummer der 8. Vertheilung 45 Pf., im Umland der 8. Vertheilung 50 Pf.

Veränderungen in der Redaktion erscheinen in der Nummer der 8. Vertheilung 11 Uhr. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Nachrichten liegt bei den Verfassern. Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Nachrichten. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Nachrichten. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Nachrichten.

Die Gewerkschaft Gottes Gesch. Vereinigt Feld am Graul hat in ihrem Kasparino-Buchwerke an Stelle der durch Brand vernichteten Mäher eine Tu-bine eingebaut und beabsichtigt auf dem zugehörigen alten Wehre beim Sieben Brüder Sollen unterhalb Langenberg einen 58 cm hohen Brettauflage, wie er in letzter Zeit schon bestanden haben soll, aufzubringen, sowie am Grabeneinlaufe beim Wehre den zerfallenen Holzschützen durch einen eisernen zu ersetzen. Am Wehre selbst soll nichts geändert werden.

Rechnung und Beschreibung können hier eingesehen werden. Einmalige Einwendungen hiergegen sind, soweit sie nicht auf besonderen Privatrechtstiteln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen.

Schwarzenberg, am 30. November 1905

1295 E

Die königliche Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 293 des Handelsregisters für den Amtsgerichtsbezirk Schneeberg ist heute das Erlöschen der Firma **Hotel-Carlsbader-Haus, Emil Dittich** in Reustädtel — vormals auf Blatt 334 des Handelsregisters für die Städte Neustädtel und Aue sowie die Dörfschaften eingetragen — verlaubar worden.

Schneeberg, den 30. November 1905.

Königliches Amtsgericht.

Sonnabend, den 2. Dezember 1905, vormittags 10 Uhr, sollen im Versteigerungsraum des hiesigen königlichen Amtsgerichts 3 Risten Wärfeljuder, 1 Riste Wallaroni, 3 Balken Postpapier, 1 Saß Ballnüsse, 3000 Stück Zigarren gegen sofortige Bezahlung öffentlich versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des königlichen Amtsgerichts Schneeberg, den 1. Dez. 1905.

Mittwoch, den 6. Dezember 1905 werden **vormittags 10 Uhr auf Bahnhof Wollgrün**

60 Stück alte Querschwellen, 55 m alte Weichenschwellen und 4 m Altschloß, **vormittags 11 Uhr auf Bahnhof Blauenhal** 70 Stück alte Querschwellen, **nachmittags 1 Uhr auf Bahnhof Vockau** 120 Stück alte Querschwellen öffentlich gegen Barzahlung versteigert.

Königliche Eisenbahnbaupolizei Auerb.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. November. Am Bundesratssitz: **Posadowski**, **Pobdielecki**. Das Haus erledigt zunächst die Anträge auf Erstattung des Strafverfahrens gegen **Reichs** (Soz.) und **Kischell** (Wirt. Bgg.). Hierauf kommt die Interpellation der Sozialdemokraten, betreffend die Fleischnot zur Verhandlung. Graf **Posadowski** erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit. **Abg. Scheidemann** (Soz.) begründet die Interpellation und führt aus: Unter vernünftigen Bedenken bedürfte es keiner Diskussion über das tatsächliche Bestehen einer Fleischnot, und verweist zum Beweise auf das Ergebnis der Anfrage des deutschen Fleischverbands an 40 der größten Schlachthausverwaltungen, und fährt fort: Die vom preussischen Landwirtschaftsministerium herausgegebene Denkschrift sei eine glänzende Musterleistung im agrarischen Sinne. Die bestehende Fleischnot habe einen dreifachen Grund: Einmal sei die deutsche Viehzucht bisher nicht in der Lage gewesen, den Bedarf an Schlachtwiege zu decken; die zweite Ursache läge in der Abfuhr von Fleisch von lebendem Vieh; als dritter Grund sei die durch das Fleischbeschaugesetz bedingte Verhinderung der Einfuhr von zubereitetem Fleisch zu erwähnen. Die Art und Weise, wie der preussische Landwirtschaftsminister diese Frage behandelt habe, habe im ganzen Deutschen Reich die größte Enttäuschung hervorgerufen. In einem wirklich konstitutionellen Lande, wo das Parlament mehr Macht und Mitbestimmung hätte, würde **Pobdielecki** nicht mehr 24 Stunden auf seinem Posten bleiben dürfen. (Lärm rechts.) Der Redner wendet sich dann gegen die einzelnen Feststellungen der Denkschrift bezüglich der sanitären und Sauberheitsverhältnisse im Auslande und im Inlande und bespricht die Einführungsmöglichkeiten von Seuchen, besonders aus Dänemark und den internationalen Preisstand für Fleisch und dergleichen.

Staatssekretär **Graf Posadowski** verliest eine Erklärung des Reichsanwalters, daß die Frage, welche Maßnahmen zur Beseitigung der Fleischsteuerung zu ergreifen sind, seitens der einzelnen Bundesregierungen einer ersten Prüfung unterzogen worden sei. Aber sowohl die bayerische wie die sächsische Regierung hielten sich nicht für berechtigt, eine weitergehende Deffnung der Grenze zu befürworten. Der Reichsanwalt verweist im übrigen auf die Denkschrift des preussischen Landwirtschaftsministeriums. Bisher habe er sich nicht veranlaßt sehen können, von dem ihm zustehenden Ueberwachungsrecht Gebrauch zu machen und eine Aenderung der bestehenden Bestimmungen eintreten zu lassen.

Minister **Pobdielecki** weist die Angriffe zurück, die heute und in der letzten Zeit gegen seine Person gerichtet worden sind, die teilweise infame Verdächtigungen seien. Beispielsweise: Er hätte die Milchzentrale gegründet, er sei ein großer Schweinezüchter und -verkaufer. Er sei überzeugt, daß der gegenwärtige Zustand nur ein vorübergehender sei. Die Landwirtschaft brauche ebenso wie die Industrie und mehr noch wie diese stabile Verhältnisse. Aus der Beobachtung der Entwicklung der Preise ergebe sich: Erst steigen die Löhne, dann folgen die Preise der Produkte in Industrie und Gewerbe, erst sehr viel später tritt ein Ausgleich zwischen Löhnen und Preisen der Produkte in der Landwirtschaft ein. Der Minister wendet sich dann zu der veterinarischen Seite der Frage und teilt mit, daß es heute in Preußen keine Maul- und

Krausentseuche mehr gäbe, ebenso wenig wie die Lungenseuche. Abgeordneter **Scheidemann** habe bei seinen Ausführungen Maßstab und dessen verzeuhten Viehstand gänzlich außer acht gelassen. Somit es dort nur ein bisschen ruhiger und sicherer geworden sei, werde er sich gern bereit finden lassen, beim Reichsanwalt eine Erhöhung der Einfuhrkontingente zu beantragen. **Pobdielecki** führt dann noch andere Gründe an, die an dem jetzigen Zustande schuld seien. Vor allem die in vielen Städten noch erhobene Mahl- und Schlachtsteuer. Der Minister verlangt schließlich eine große Durchsichtigkeit der Marktverhältnisse, besonders in Berlin.

Der Präsident **Graf Ballestrem**: Minister von **Pobdielecki** habe gegenüber dem Abgeordneten **Scheidemann** den Ausdruck gebraucht, daß dieser sich zum Sprachrohr eines Gewäschers gemacht habe, das über den Minister in der Presse verbreitet sei. Solche Äußerungen entsprächen nicht der Ordnung des Hauses. — **Abg. Singer** (Soz.) befragt die Regierung über die Interpellation. — **Abg. Odenburg** (kons.) führt aus, die gegenwärtige Fleischsteuerung sei hervorgerufen durch die Missernte im Jahre 1904 in Kartoffeln. Die Viehpreise würden in die Höhe getrieben durch den Zwischenhandel und nicht durch die Landwirtschaft und die Schlächter. Die deutsche Landwirtschaft habe bisher ihre Schuldigkeit gegenüber den Konsumenten in vollstem Maße getan. Redner dankt dem Reichsanwalt für seine Haltung gegenüber dem Geschehen der Presse und **Pobdielecki** für das mannhafte Eintreten für die Landwirtschaft. **Abg. Pohl** (freis. Volksp.) erklärt, seine Partei maß der Landwirtschaft niemals die Schuld an der bestehenden Fleischsteuerung bei. Wenn jemand die Schuld habe, so sei es die Regierung, die in der Sache eine Parteistellung genommen habe. Das Volkswohl verlange gebieterisch die Deffnung der Grenzen. **Abg. Herold** (Zentr.) dankt den Sozialdemokraten für die Einbringung der Interpellation, die eine Klarstellung der Frage ermöglichte. **Scheidemann** aber habe nicht zur Klarstellung beigetragen, da er sich nur bemühte, Unzufriedenheit zu erregen, was ja die Tendenz der Sozialdemokraten sei. Redner spricht sich dann gegen die Aufhebung der Zölle und Aufhebung der Grenzsperrung aus. Tatsächlich sei der Konsum an Fleisch pro Kopf der Bevölkerung nicht zurückgegangen. Weiterberatung morgen 1 Uhr. Schluß 5/4 Uhr.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Ueber die handelspolitischen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten wird heute aus Berlin geschrieben: Die Kündigung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrags durch die deutsche Regierung ist, wie zuverlässig verlautet, nicht darauf berechnet, in den Vereinigten Staaten zu verblüffen; sie war vom Zwange diktiert. Eine Beschleunigung der schwebenden Verhandlungen durch die Kündigung wird in Deutschland nicht erwartet; allem Anschein nach wird ein neuer deutsch-amerikanischer Handelsvertrag bis zum 1. März nächsten Jahres nicht fertig werden. Ob dann, wenn sich dies als unzweifelhaft herausstellt, ein Handelsprovisorium soll geschaffen werden, das muß von den Vereinigten Staaten angeregt werden. Deutschland kann, nachdem es die Vertragsverhandlungen vorgeschlagen hat, neue Anregungen nicht geben.

Schneeberg.

Wir machen bekannt, daß wir **Herrn Max Paul Reiskner**, früheren Waldarbeiter in Eidenstedt, jetzt in Schneeberg wohnhaft, als Waldbauspinner für unseren Stadtwald in Pflicht genommen haben.

Schneeberg, den 1. Dezember 1905.

Der Stadtrat.
Dr. von **Wiedt**.

Den Einlagenzinsfuß bei der Sparkasse in Scheibenberg betr.

Mit Genehmigung der königlichen Amtshauptmannschaft zu Annaberg haben wir beschlossen, den Zinsfuß für sämtliche Einlagen bei der hiesigen Sparkasse vom 1. Januar 1906 ab von 3 1/2 % auf 3 % zu erhöhen, was gemäß der Bestimmung in § 11 Absatz 3 der Sparkassenordnung vom 29. Oktober 1890 hierdurch bekannt gemacht wird.

Scheibenberg, am 29. November 1905.

Der Stadtgemeinderat.

Zschorlau. Der IV. Termin Gemeindeabgaben

ist mit heute fällig. Beträge, die bis zum 15. d. Mts. nicht bezahlt sind, werden unnaheichtlich im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen.

Zschorlau, am 1. Dezember 1905.

Der Gemeindevorstand.
Hilbig.

Ratswirtschafts-Verpachtung.

Die hiesige Rathauswirtschaft, bestehend aus drei größeren Restaurationszimmern, Stallung für 12 Pferde, Wohnung und Nebenräumen, ist infolge Ansfälligmachung des jetzigen Pächters vom 1. Februar 1906 ab mit Inventar anderweitig zu verpachten. Offerten sind bis 10. Dezember 1905 anher einzureichen.

Schneeberg, den 1. Dezember 1905.

Der Gemeinderat zu Schönheide.

Berlin, 30. November. Die Einbringung einer neuen Ostmarkenvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus wird an unterrichteter Stelle bestätigt. Es wird betont, daß der zahlreiche Uebergang deutscher Güter in polnische Hand in der letzten Zeit zu großen Bedenken Veranlassung gegeben habe. Anscheinend ist man zu der Ueberzeugung gekommen, daß die bisher angewandten Mittel nicht ausreichend seien. Ob jedoch ein Verbot geplant ist, das der Regierung, ohne weiteres das Vorkaufsrecht bei allen Käufen sichert oder in ähnlicher Weise den freien Güterverkauf regelt, war nicht in Erfahrung zu bringen.

Berlin, 30. November. Die „Deutsche Tageszeitung“ tritt dafür ein, daß angefallen der Dividendenrücklagen der Bank- und Industrie-Gesellschaften, die 8 bis 20 % Dividenden verteilen können, das mobile Großkapital und die Großindustrie in schärferer Weise zur Tragung höherer Lasten herangezogen seien, als dies nach den bisherigen Vorschlägen der Regierung zur Reichssteuerreform geschehen ist.

Hamburg, 30. November. Mit dem heute hier eingetroffenen Wermann-Dampfer „Professor Wermann“ sind 11 Offiziere und höhere Militärsbeamte mit einer kleinen Anzahl von Mannschaften aus Deutsch-Südwestafrika zurückgekehrt.

Kiel, 30. November. Das Minerschiff „Braunschweig“ mit dem Prinzen Heinrich an Bord ist heute nachmittags, von Christiania kommend, wieder im hiesigen Hafen eingetroffen.

Die Operationen in Deutsch-Ostafrika haben, wie schon telegraphisch berichtet wurde, zu schweren Gefechten geführt. Es sind dabei weiße Offiziere und Soldaten nicht gefallen; doch ist der Verlust an Askari und eingeborenen Hilfsmannschaften nicht unbeträchtlich gewesen. Erreulich ist, daß die Rebellen nirgend den deutschen Waffenstandhalten vermochten, und daß Ruhe und Ordnung in immer weiteren Gebieten wiederhergestellt wird.

Aus Dar-es-Salam, 29. November wird beigeschrieben: Das Bezirksamt Kilwa meldet, daß in der Umgegend von Samanga, Miteja, Marawe und Kiuani alles ruhig ist. Hauptmann **Seyfried** meldet, daß im Bezirk Lindi der Rüstestreifen nördlich des Lualebi auf 40 Kilometer landeinwärts beruhigt ist. Hauptmann **Charissus** berichtet, daß im Bezirk Tabora unbedeutend Ruhe herrscht. Hauptmann **Hersch** telegraphiert, daß häufig Viehräuberien im Süden des Bezirks Kapapa vorkommen. Major **Johannes** hat in Uivale ein befestigtes Stappenlager mit dreißig Mann Besatzung unter Oberleutnant **Frank** eingerichtet. **Johannes** selbst marschiert weiter auf Songea. Der Stappenposten bei Mpenger unter Feldwebel **Standa** ist von Aufständischen am 11. d. M. erfolglos angegriffen worden. Hauptmann **Rigmann** meldet aus Iringa, daß er in Uhehe, Mahenge und Songea vierzehn Gefechte, darunter sechs schwere, gehabt. Diesseitige Verluste: Vier Askari gefallen, neun verwundet, sechs Kraut. Vom Hilfspersonal sind 60 Mann gefallen, 45 verwundet und vermisst. Die Haltung der Askari und Hilfsleute war musterhaft. Der Norden und Osten des Bezirks Iringa wird noch von Aufständischen beunruhigt. **Rigmann** ist mit zwei Europäern und 75 Askari in der Richtung auf Mahenge ausgezogen, um die Gegend westlich des Uiraga zu säubern. Oberleutnant von **Grewert** marschiert auf Mahenge zur gemeinsamen Aktion mit Hauptmann von **Bargenhein**.